

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W 57
Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Wittmer)
Fernsprecher Amt Cäthom Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164

Die Aufgaben der Gemeinden als Arbeitgeber in der Fürsorge für die Kriegsinvaliden und Hinterbliebenen.

Seit Ausbruch des Krieges ist die Frage einer zweckmäßigen Fürsorge für die Kriegsinvaliden und die Hinterbliebenen der Gefallenen Gegenstand lebhafter Erörterung. Die vom Staat gewährten Renten für die Invaliden wie Hinterbliebenen sind sehr gering; selbst eine Erhöhung könnte nur in mäßigen Grenzen gehalten sein. Die Fürsorgebestrebungen sind daher neben der Erlangung angemessener Renten in erster Linie darauf gerichtet, den Kriegsinvaliden und den Hinterbliebenen passende Beschäftigung zu verschaffen.

Wiederholt ist darauf hingewiesen worden, daß besonders der Staat und die Gemeinden verpflichtet seien, in den eigenen Betrieben Kriegsinvaliden zu beschäftigen. An und für sich läßt sich dagegen nichts einwenden, die Frage ist nur, inwieweit das möglich sein wird. Zur Einstellung in jenen Betrieben gelangen meist nur junge, in der Wehrzahl gediente Leute. Die Gemeinden haben zumeist in den Arbeitsordnungen die Höchstgrenze für das Einstellungsalter auf 40 Jahre festgesetzt, in Wirklichkeit werden aber nur Arbeiter bis zum 30., im Höchstsfall bis zum 35. Lebensjahre eingestellt. Das gleiche trifft auf das Gros der unteren Angestellten und Beamten zu. Das führte zu einer fortschreitenden Verjüngung des Arbeiter- und Angestelltenbestandes. Die Zahl der aus den kommunalen Betrieben und Anstalten zum Kriegsdienst Eingezogenen ist daher recht groß. Von den bei Kriegsausbruch vorhandenen 51 522 Mitgliedern unseres Verbandes standen am 31. März 1916 = 35,4 Prozent im Seeresdienst. In Wirklichkeit ist die Zahl der im Seeresdienst stehenden Gemeindearbeiter viel größer; hinzu kommen außerdem noch die Angestellten und Beamten. Durch die andauernden Einziehungen ist die Zahl noch in ständigem Steigen begriffen.

Daraus ergibt sich, daß auch von den eingezogenen Arbeitern und Angestellten der Gemeinden ein geringer Teil gar nicht, ein viel größerer Teil aber als Invaliden zurückkehren wird.

Als erste Pflicht der Gemeinden muß es gelten, die vor Kriegsausbruch in ihren Betrieben beschäftigt gewesenen Arbeiter reiflos wieder einzustellen. Schwierigkeiten dürften dem kaum im Wege stehen, da bald nach Friedensschluß in den städtischen Betrieben genügend Arbeit vorhanden sein wird. Für die Wiedereinstellung sprechen auch noch andere Gründe. Die meisten der eingezogenen Arbeiter und Angestellten waren schon längere Zeit in Gemeindebetrieben beschäftigt und haben dadurch verschiedene Rechte erworben, die allgemein einen Bestandteil des Arbeitsvertrages darstellen. Diese Rechte würden verloren sein, sofern die Arbeiter auf ihre alte Arbeitsstelle nicht zurückkehren könnten.

Von den Gemeinden muß weiter erwartet werden, daß sie auch die als Invaliden heimkehrenden noch irgendwie verwendbaren Arbeiter und Angestellten in ihre Betriebe wieder aufnehmen. Wenn auch mancher von ihnen seinen früheren Arbeitsplatz nicht wieder einnehmen kann, so dürfte doch in Anbetracht der Vielgestaltigkeit der Gemeindebetriebe und -anstalten die Möglichkeit gegeben sein, alle an einer Stelle unterzubringen, an der die noch vorhandene Leistungsfähigkeit ausgenützt werden kann. So können z. B. jüngere kräftige Leute, die heute vielfach als Bote, Portier, Wächter usw. beschäftigt sind, zu anderen Arbeiten verwandt, ihre Stellen aber Kriegsinvaliden übertragen werden. Viele Verletzte werden sogar ihren früheren Arbeitsplatz wieder besetzen können, nur werden sie weniger leistungsfähig sein als vorher. Darauf muß allerdings entsprechende Rücksicht genommen werden.

Die Entlohnung der Kriegsinvaliden sollte in der gleichen Höhe erfolgen wie früher. Die Rente, die sie vom Reich erhalten, kann gut und gerne als Entschädigung für die ausgestandenen Qualen und die erlittene Einbuße an der Gesundheit angesehen werden. Dieses Verfahren würde von nicht zu unterschätzender Einwirkung auf die Betroffenen sein. Wenn die Gemeinden sich zu diesem Standpunkt nicht aufschwingen wollen, so muß aber mindestens verlangt werden, daß die Kriegsinvaliden mit Lohn und Rente zusammen nicht schlechter gestellt sind, als ihre früheren noch voll leistungsfähigen Nebenarbeiter; ebenso müssen sie auch an eintretenden Lohnsteigerungen mit teilnehmen. Daneben sollte die Kriegsdienstzeit der gesund oder invalide Zurückkehrenden auf das Lohndienstalter sowohl als auf die sonstigen bereits erworbenen Ansprüche angerechnet werden, um zu verhindern, daß die Kriegsteilnehmer den Nichtkombattanten in der Lohnaufzählung usw. nachstehen.

Auch der durch den Kriegsdienst vollständig erwerbsunfähig gewordenen städtischen Arbeiter und Angestellten sollten sich die Gemeinden annehmen. Sofern diese vom Schicksal so hart Betroffenen auf die Reichsrente allein angewiesen sind, sehen sie mit samt ihren Familien einer trüben Zukunft entgegen. Diesen können die Gemeinden in Anlehnung an die zumeist schon vorhandene Alters- und Hinterbliebenenfürsorge unter die Arme greifen. In der Regel ist die Gewährung einer Alters- oder Hinterbliebenenrente von einer ununterbrochenen zehnjährigen Dienstzeit abhängig. Soweit diese Voraussetzung erfüllt ist, darf wohl ohne weiteres erwartet werden, daß die Gemeinden den ganz invaliden Kriegsteilnehmern die in ihren Fürsorgebestimmungen vorgegebenen Renten als Zuschüsse zur Reichsrente zahlen werden. Für die mit weniger Dienstjahren könnte die sonst vorgegebene Wartezeit als erfüllt angesehen und diesen die

Renten ebenfalls zugestimmt werden. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß die Arbeiter unfreiwillig in diese Lage geraten sind, der Allgemeinheit große Dienste geleistet und das Beste was sie hatten, ihre Gesundheit, geopfert haben. In ihrer seelischen Depression sollten nicht noch materielle Sorgen kommen. Die Gemeinden sollten daher ihren Arbeitern gegenüber mit gutem Beispiel vorangehen.

Für die Hinterbliebenen Gefallener sollten ebenfalls die bereits vorhandenen Fürsorgebestimmungen in derselben Weise angewandt werden, wie auf die Invaliden. Denn auch die vom Reich gewährten Witwen- und Waisenrenten sind sehr gering, so daß die Hinterbliebenen von gefallenen städtischen Arbeitern eines Zuschusses wohl benötigen.

Um eine möglichst einheitliche Behandlung der Kriegsinvaliden und Hinterbliebenen herbeizuführen, sollten die städtischen Rörverordnungen bestimmte Grundzüge dafür aufstellen. Dadurch würde vermieden, daß zu jedem einzelnen Fall besonders Stellung genommen werden muß, und die Betriebsleitungen wüßten, wie zu verfahren ist; auch die Arbeiter und Angestellten sowie die Hinterbliebenen bekämen dadurch Klarheit über ihre Zukunft. Mit der Aufstellung solcher Grundzüge sollte jetzt schon begonnen werden. Das würde vor allem auf die im Felde Stehenden sowohl als auf ihre dahingeblichen Angehörigen einen günstigen Einfluß ausüben.

R. Maroke i. d. „Stomn. Pragis“.

Organisierung der Frauenkräfte.

In diesem Kriege feiert neben der Technik auf dem Gebiete der Kriegswerkzeuge die Organisation Triumphe. Der mufterhaften Organisation unseres Seereswesens ist es nicht zuletzt zu danken, daß sich Deutschland gegen 7 Gegner im Osten und Westen 11 Monate lang siegreich halten konnte. Es ist deshalb verständlich, daß beachtet wird, die straffe Organisation des Seereswesens auch auf das zivile Leben zu übertragen, zumal hier das Fehlen einer guten Organisation während des Krieges sich in unliebsamer Weise bemerkbar gemacht hat. Als Beispiele seien angeführt die zu spät und dann auch zunächst tötend eintreffenden Verträge, den Lebensmittelfiskus zu regeln und das Durcheinander in der Krankenpflege und im Fürsorgewesen zu beseitigen. Im zivilen Leben sorgen eine große Anzahl Personen zunächst nur für sich. Hausfrauen kaufen bis ins unendliche Vorräte ein, die sie nie werden verbrauchen können, weil sie schlecht werden, und viele von denen, die sich fürsorglich und helfend betätigen wollten, taten es auf eigene Faust, nur dem Impuls folgend, ohne immer dazu geeignet zu sein und ohne sich über bestehende Einrichtungen zu informieren. Dadurch ist der Allgemeinheit natürlich großer Schaden entstanden und viel brauchbare Kraft verloren gegangen. Kein Wunder also, daß die Erfahrungen der Kriegszeit dazu geführt haben, eine straffe Organisation der gesamten volkswirtschaftlichen Kräfte anzustreben.

Bei der Erörterung dahingehender Pläne muß natürlich auch der Organisierung der Frauen gedacht werden. Diese bilden der Zahl nach die Hälfte der Bevölkerung. Eine wie wichtige Rolle sie bei der Gestaltung der Verhältnisse des Volksganzen spielen, hat der Krieg bewiesen. Leider häufig im negativen Sinne. Die Wirkung ging an mit dem Stürmen der Lebensmittelläden durch Frauen aller Bevölkerungsschichten, noch vor Proklamierung des Kriegszustandes. Alle möglichen Waren wurden in den Wohnungen aufgeschichtet, die dort gar nicht gehalten werden können. Dieses unüberlegte und oft völlig unmotivierte Einkäufen hat sich seit Ende Juli v. J. stets wiederholt, wenn irgendwer irgendwo erzählte, dies oder das würde knapp werden. In den letzten Wochen mußte die vermeintliche Zuckernappheit herhalten, um in ungeheuren Mengen von dieser Ware einzukaufen. Wenn in der Arbeiterstadt nicht so viel gehandelt worden ist, so lag dies ganz einfach daran, daß dort weniger Mittel vorhanden sind, um auf Vorrat zu kaufen, nicht in der größeren Einsicht und Verantwortlichkeit der Frauen gegenüber anderen Volksgenossen.

Zum Teil findet das Verhalten der Frauen ja seine Erklärung in dem nicht rechtzeitigen Eingreifen der Zivilbehörden bei der Sicherstellung der Volksernährung. Man denke nur an die Kartoffelnot im Februar und März d. J. Jetzt stellt sich heraus, daß wir mit den Vorräten bis über die nächste Ernte hinaus reichlich auskommen. Bei richtiger Organisation hätte die Kartoffelverteilung vermieden werden können.

Wenn also auch die Frauen durch Organisation dem Volksganzen dienstbar gemacht werden sollen, so ist das nur zu beklagen. Der Weg aber, der von einigen Stellen hierzu vorgeschlagen wird, scheint denn doch nicht allzu gangbar zu sein. Vorbildhaft wird nämlich nicht mehr und nicht weniger als eine Organisation für die weibliche Bevölkerung, ähnlich der der Seeresorganisation, die wie diese im Kriegsfalle alle Frauen an vorher bestimmte Plätze ruft. Diese Kriegsbereitschaft soll erreicht werden durch ein weibliches Dienstjahr. Man will alle weiblichen Personen während einer längeren Zeit — meist wird ein Jahr, manchmal werden auch zwei Jahre in Vorschlag gebracht — in Schulen, Wohlfahrtsanstalten, Krankenhäusern usw. in der Gesundheits-, Kranken- und Säuglingspflege und in der Hauswirtschaft ausbilden. Manche Vorschläge fordern diese Ausbildung im Anschluß an die Schulzeit, andere im Alter von 17 bis 20 Jahren. Die meisten verlangen zwanagsweise Heranziehung aller weiblichen Personen, einige wollen sich mit der moralischen Einwirkung zum freiwilligen Eingliedern in die Reihen der sozial arbeitenden Personen begnügen. Da in allen Vorschlägen zum Ausdruck kommt, daß die Seeresorganisation bis zu einem gewissen Grade Vorbild gewesen ist, nimmt es nicht wunder, daß sogar die zwanagsweise Ausbildung in Kasernen, für die der Name „Gemeinschaftshäuser“ geprägt werden müßte, und mit Dienstgraden und Uniformen in einigen Fällen gefordert wird.

Es erregt über diese Frage bereits eine umfangreiche Literatur. Von einer Stelle ist ein Preisausschreiben veranstaltet worden, das der besten Arbeit über das Thema: „Wie ist eine dem Seeresdienst der Männer entsprechende öffentliche Dienstpflicht der weiblichen Jugend einzurichten?“ 2000 Mark zuwendet. Auch Vorschläge für einen Gesehntwurf zu dieser Frage sind schon vorhanden.

Glücklicherweise wird nicht alles so heiß gesprochen, wie es gekocht wird. Und so wird auch noch einige Zeit vergehen, ehe ein solcher Gesehntwurf dem Parlament zur Entscheidung vorgelegt werden kann. Inzwischen wird bei vielen die Begüterung für die soziale Hilfsarbeit verflohen und das Interesse für das weibliche Dienstjahr durch andere Tagesfragen abgelöst sein. Verdrängt wird das Thema von der Tagesordnung bürgerlicher Wohlfahrts- und Stimmrechtsvereine aber nicht, dafür sorgt schon das Bestehen, die Gleichberechtigung des Frauengeschlechts mit den Männern überall herbeizuführen. Das Dienstjahr soll die Erlangung der Gleichberechtigung beschleunigen, da ja dann der jetzt noch immer von den Gegnern des Frauenwahlrechts angeführte Grund, die Frauen leisten dem Staate nicht die gleichen Dienste wie die Männer, sie können also auch nicht die gleichen Rechte fordern, wegfällt.

Deshalb ist es notwendig, daß die Arbeiterfrauen und Töchter von diesen Bestrebungen Kenntnis erhalten, die geeignet sind, der Arbeiterstadt neue Kräfte aufzuerlegen.

Die organisierte Arbeiterkraft fordert seit ihrem Vordringen bessere Ausbildung ihrer Angehörigen. Die sozialdemokratische Partei hat in ihrem Programm weitgehende Forderungen nach dieser Richtung festgelegt. Zum Teil decken sich also die Vorschläge bezüglich des Dienstjahres der Frauen mit alten Forderungen der Arbeiterorganisationen. Freilich fordern diese kein Dienstjahr für die Frauen, sondern Verlängerung der Schulzeit und Fortbildungsschulzwang für die Kinder aller Bevölkerungsschichten; daneben zweckmäßige Gestaltung des Schulwesens und Anpassung seines Lehrplanes an die Anforderungen des Lebens. Damit könnte alles erreicht werden, was durch das Dienstjahr praktisch erreicht werden soll.

Wir erwähnen die Vorschläge für das weibliche Dienstjahr an dieser Stelle aber auch noch aus einem anderen Grunde. Den Frauen und Töchtern der Arbeiterklasse wird dadurch nämlich gezeigt, welche Bedeutung den Frauenkräften beigemessen wird. Und in der Tat: bei der Stellung, die die weibliche Bevölkerung heute in der Volkswirtschaft einnimmt, ist es an der Zeit, daß auch sie erkennt, daß sie sich dem Gesamtrahmen besser einfügen muß, daß sie in ihrer Betätigung mehr Gemeinschaftsgeist entwickelt. Die Frauen spielen eine Rolle als produzierende und als konsumierende Personen. Ihre Haltung ist von Bedeutung für die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterstadt wie auch bezüglich Regulierung der Lebensmittelverteilung für die Gesamtheit. Diese hätte in der Kriegszeit leichter und zweckmäßiger durchgeführt werden können, wenn die Frauen in ihrer Gesamtheit in dieser Zeit mehr Gemeinschaftsgeist entwickelt hätten. So dachten sie nur an sich und ihre eigene Hauslichkeit. Einen Vorwurf kann man ihnen deshalb nicht machen. Sie hörten ja bis dahin so oft: Die Frau gehöre ins Haus und dürfe sich um außerhäusliche Dinge nicht kümmern. Eine jahrhundertelange, nach dieser Richtung gehende Erziehung und Wohnungslage hat sich nicht in kurzer Zeit bebiegen.

Nur die Arbeitererschaft hat freilich die wirtschaftliche Lage, die die Frauen zwang, mitzuerleben zu sein, in die alten Anschauungen Freie geschlagen. Weisheit sind sie aber auch hier noch lange nicht. Vor allen Dingen erkennen die Frauen noch selber nicht die Bedeutung und die Macht des gemeinsamen Wirkens. Wäre es der Fall, dann müßte die Zahl der organisierten Arbeiterinnen größer sein. Auch die Organisationen der Arbeitererschaft haben während der Kriegszeit den Beweis erbracht, daß einheitliches, auf ein bestimmtes Ziel gerichtetes Handeln Großes zu leisten vermag.

Diese Erkenntnis sollten wir hinübernehmen in die Zeiten, wo wir friedlich unsere Kräfte entfalten können, um dafür zu wirken, daß die Wunden, die der Krieg der gesamten Volkswirtschaft geschlagen hat, wieder heilen können. Auch der Frauen der Arbeiter-Klasse bedürfen wir dann. Sie sind ein bedeutender Faktor in unserem Wirtschaftsleben, wenn es gelingt, sie zusammenzufassen in die Vereinigungen, die der arbeitenden Bevölkerung bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen schaffen können.

• Wochenbericht vom Krieg •

Berlin, 5. Juli 1915.

220 000 Russen im Monat Juni gefangen! Dazu die Millionen Gefangenen (über 300 000) und die dementsprechenden schweren Verluste ergibt eine Einbuße von nahezu 1½ Millionen russischen Kämpfern. So fürchterlich diese Zahlen vom menschlichen Lebensstandpunkt sind, so sehr beweisen sie in militärischer Beziehung die wachsende Zermürbung des russischen Heeres! Es kann nur eine Frage der Zeit sein, und der russische Erfolg ist bezweifelhaft! Auch die Reorganisationsversuche durch Munitionswechsel, Garenmanöver, Zumeinberufung, Neuorganisation der Munitionsbeschaffung usw. dürften an diesen sichtbar werdenden Zeichen nichts ändern können. Gerade jetzt veröffentlicht die „Nordd. Allg. Ztg.“ interessante Dokumente für die wachsende Zukunftslosigkeit im russischen Heer. — Auch in Frankreich drohte eine „innere Krise“, und wenn die unentwegten Kriegssozialisten Minister Zembar und Guesde (nebst dem neu-geschaffenen Unterstaatssekretär Thomas) — nicht wären, würde der Marren wohl schon festgefahren sein. Jedenfalls will man, trotz der fürchterlichen Verluste, die ohne jedes militärisches Ergebnis sind, vom Frieden nichts hören! Das deutsche Friedensmanifest des Parteivorstandes (vom 26. Juni) wird nicht etwa objektiv bewertet, sondern man bekräftigt (namentlich der jetzt sehr einflussreiche Hervé und die „Humanität“) die Parteiopposition in der Hoffnung einer inneren Zerrüttung Deutschlands! Dabei weist selbst die „Nordd. Allg. Ztg.“ treffend darauf hin, daß unser Friedensmanifest auf der Tatsache fußt, daß unsere Gegner auf eine Verringerung ihrer militärischen Lage nicht mehr hoffen können! Aber alles Reden und Schreiben in Worten und sohin wie scheint vergeblich! — In England schafft man fieberhaft neue Munition, und die Gewerkschaften werden in Lizenzen eingetragen und auf ihre Arbeitswilligkeit von Staats wegen kontrolliert. Ja, ja, das „freie“ England! — Und über Italien liegen außer den Wetterberichten Cadornas nicht gerade siegesgesättigte Nachrichten vor. Vielmehr scheinen sich die politischen Gegensätze mit verschiedenen Britannmädiern (Serbien, Montenegro, Griechenland) infolge des eifrigst begabten Albanien weiter zu komplizieren. — Der deutsche Seekrieg und der deutsche Unterseebootkrieg — der bekanntlich als Abwehraktion gegen den englischen Ausnahmegesetzplan geführt wird und sofort eingestellt würde, wenn England den Neutralen die Handelschiffahrt (mit unfriederischen Waren) nach Deutschland gestülte! — zeigt folgende Resultate: 1. Durch U-Bootkrieg in der Zeit vom 15. Februar bis 24. Juni: a) 124 Schiffe mit mehr als 300 Tonnenn Tonnengehalt mit 400 000 Tonnenn; b) 70 Seefahrzeuge mit weniger als 300 Tonnenn Tonnengehalt mit 15 000 Tonnenn. 2. Durch Kreuzerrieg vom 4. August 1914 ab: 67 Schiffe mit 200 000 Tonnenn. 3. Ferner 10 vernichtete Schiffe in bestimmten Räumen und Tonnengehalt mit etwa 25 000 Tonnenn. In Summa: 261 Schiffe mit rund 700 000 Tonnenn. Der Gesamttonnengehalt der britischen Handelsflotte vor dem Kriege ist zu 20 Millionen Tonnenn angegeben. Hiervon sind verloren 0,7 Millionen Tonnenn. Der bisherige Verlust beträgt also 3,5 Proz. 4. des Gesamttonnengehalts. Außer den britischen Schiffen sind bisher französische und russische Schiffe mit zusammen 40 000 Tonnenn vernichtet worden. — Das ist vom Standpunkt der Volkswirtschaft wiederum fürchterlich und im höchsten Maße be-

dauerlich! Aber vom militärischen läßt sich die große Wirksamkeit des U-Bootkrieges nicht länger bezweifeln. — An den Dardanellen: endlich ist bis jetzt von den acht Mächten wohl viel geoffert, aber nichts zeigt eine Änderung der Situation an. Wohl aber kann über kurz oder lang der Seeländel der Engländer gefährdet werden! So heiß wir alle den Frieden herbeisehnen, bleibt auch heute leider nichts anderes zu sagen: Unser bester Friedenshoffnung ist der durchschlagende militärische Erfolg! — Nachfolgend Einzelheiten:

27. Juni. Teufelsgedächte an der ganzen Westfront. — Russische Angriffe nördlich Prasnitz unter schweren Verlusten zurückgeschlagen. — Der Dnjestr (Galizien) wird bei Galicz (nach blutigen schweren Kämpfen) überschritten. Seit dem 23. Juni hat dieser Teil der Armee (v. Linzinger) 6470 Russen gefangen. — Nördlich Lemberg Vordringen zum Bug-Abchnitt bei Zieszanow. Mehrere tausend Gefangene, eine Anzahl Geschütze und Maschinengewehre erbeutet. — 28. Juni. Heftige französische Angriffe auf den Maasböden und bei Lunville brechen zusammen. — In Galizien verfolgt die Armee v. Linzinger die Russen auf breiter Front über die Gnila-Lipa. — Am Lancer-Abchnitt (50 Kilometer nördlich Lemberg, Russ. Polen) weichen die Russen weiter zurück. Tomaszow ist erobert. — 29. Juni. Vier heftige französische Vorstöße bei Arras scheitern. — Deutsch-österreichische Truppen dringen in Russisch-Polen bis Komarow, Jarnocz vor, ebenso sind Krampol, Zaskilow und Sawichost erobert. — 30. Juni. Französische Angriffe bei Arras und in der Champagne werden abgewiesen. — Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz (Armee Dudenburg) beträgt die Beute: 25 695 Gefangene, 7 Geschütze, 6 Minenwerfer, 52 Maschinengewehre usw. — Armee v. Linzinger erobert östlich der Gnila-Lipa (Ruth.) russische Stellungen. 2328 Gefangene. — Armee v. Wadensen dringt an der Kamienna vor. — Gesamtbeute im Juni in Galizien und Südpolen durch die deutsch-österreichischen Truppen beträgt: 521 Offiziere, 194 000 Mann, 93 Geschütze, 364 Maschinengewehre, 73 Munitionswagen, 100 Feldbahnwagen usw. — Die Italiener holen sich bei allgemeinen Angriffen an verschiedenen Stellen schwere Verluste. Sie wurden überall zurückgeschlagen. — 1. Juli. Im Westen dringt die Armee des deutschen Kronprinzen in den Argonnen auf 3 Kilometer Breite 200 bis 300 Meter im Sturm vor. 25 Offiziere, 1710 Franzosen gefangen, 18 Maschinengewehre, 40 Minenwerfer, 1 Revolverkanone erbeutet. Beträchtliche französische Verluste. — In den Vogesen Eroberung auf dem Villerit. 149 Gefangene. — Südöstlich Kalmarja (Nordpolen) Höhenstellung erobert. 600 Gefangene. — Die Russen sind in Galizien auf der ganzen Front Marjampol, Kielejow geschlagen und im Rückzuge. 7765 Gefangene, 18 Maschinengewehre. — Armee v. Wadensen dringt weiter in Südpolen vor bis Prasnitz, Rogosze. 700 Gefangene südöstlich Sienna. — Heftige italienische Angriffe werden blutig abgewiesen. — 2. Juli. Zwischen Gotland und Windaun (Eissee) fand Seeschlacht mit Russen statt, wobei das deutsche Minenschiff „Albatros“ auf den (schwedischen) Strand gestrandet wurde. — Bei Marjampol (nördlich des Dnjestr) dringen die deutsch-österreichischen Truppen unter Verfolgungskämpfen weiter vor; ebenso zwischen Bug und Weichsel; Janiosz erobert. — Am Wnien-Abchnitt ist Prasnitz erreicht, um das aber noch gekämpft wird. Weitere 4800 Gefangene, 3 Maschinengewehre. — Italienische Angriffe waren vergeblich. — 3. Juli. In den Argonnen erobert sich die Beute (vom 1. und 2. Juli) auf insgesamt: 2556 Gefangene, 25 Maschinengewehre, 72 Minenwerfer, 1 Revolverkanone. — Auf den Maasböden vergebliche französische Vorstöße. — Bei Megniéville werden französische Stellungen in 600 Meter Breite erobert. — Im Südosten dringt die Armee v. Linzinger verfolgend vor. 3000 Gefangene. — In Russisch-Polen, nördlich Prasnitz, Jarnocz, rückwärts der anrückenden Russen. 1000 Gefangene. — Italienische Angriffe werden überall abgewiesen. Das italienische Torpedoboot 17 O. S. ist (2. Juli) in der Nordadria vernichtet.

• Kriegsbriefe •

Gefahren bei der Armierungsarbeit im Westen. Kollege Gebhardt (Hauptbureau) schreibt uns vom 17. Juni 1915 u. a.:

Wir fuhren in Belgien durch teilweise grauig zerstörte Ortschaften. Ein Schauer nach dem andern überfiel mich ob dieses Anblicks, so viele, ehemals blühende Dörferstätten sind der Vernichtung anheimgefallen. Vermöge der mich überfallenden seelischen Erregungen war ich außerstande, immer dort hinaufzulaufen. Jedoch waren, vermischt mit dem Grauen, auch die Ergebnisse friedlicher Arbeit zu sehen. Die Felder waren gut bestellt. Ein Wadstum herzerfrischend, ein wohlthuender Anblick.

Weiter rasi der Zug immer näher der gefährlichsten Ecke des Kriegsschauplatzes — P. — In G. angekommen, wurde dies jedem zur Gewissheit. — In M. wurden wir eingeladen, dann ging es in die Maserne. Hier konnten wir schon eine gesteigerte Kriegstätigkeit

beobachten. Zwei feindliche Flieger, die die Stadt überflogen, wurden heftig beschossen, ein Ereignis, das uns in Ausland fremd blieb. Ungewöhnlich dessen waren wir uns gleich aus, daß wir hier mehr den Ernst der Kriegsjahre kennen lernen würden. Und es kam!

Zur Arbeitsstelle führen wir 1½ Stunden per Kleinbahn, die aber eine ungeahnte Schnelligkeit entwickelte, bis Ch. Dort hieß es lagern, und zwar sehr eult. Auf einmal war es mir, als öfnete sich der Himmel. Ein Gewitter in der Nähe der Alpen ist nichts im Vergleich zu dem, was mir da fand ward. Diese Höllenmusik währte an 2 Stunden. Dann hieß es, zur Arbeitsstelle marschieren, die sich 2½ Kilometer von den englischen Stellungen entfernt befand. Arbeiten! Der Wald, in dem wir uns befanden, bedient diese Bezeichnung keineswegs. Ein Chaos von regelrecht klemmerischen Baumstämmen bildete unsern Arbeitsplatz. Die stärksten Ästern, also Dornholz, geschnitten wie Strohhalme, und nicht einer dieser Stämme war eine unverletzte Stelle auch nur von einem Quadratmeter auf, so hat das Geschöpf hier geküht. Dieses Durcheinander zu beseitigen und neue Stellungen zu bauen, war unsere Aufgabe. Es wurde, angesichts der feindlichen Flieger und in Erwartung feindlichen Feuers fieberhaft gearbeitet. Verirrte Geschosse umschwirten uns, die feindlichen Artilleriegeschosse schlugen immer näher ein, ohne jemand zu treffen. Am 13. Juni kam es anders. Punkt 12 Uhr fingen die Engländer an, uns Grüße zu senden in Gestalt von Schrapnells, die aber zu weit gingen. Die Beobachtung ihres Fliegers, der übrigens von der deutschen Artillerie heftig beschossen wurde, hatte leider eine für uns tragische Wirkung zur Folge. Die Geschosse schlugen nun in unserer nächsten Nähe ein. Alles in Geduld blöblich Ruhe. Es war die Ruhe vor dem Sturm. Wir arbeiteten wieder, ich oben. Da, ein Deuten, Säulen, Singen, Pfeifen, plötzliche Stille, kurz darauf wußte es mich an einen Baum, ein ohrenbetäubender Strich, ein Rischen um die Ohren, dann muß ich in den neugebauten Schützengraben gefallen sein, wenigstens lag ich drinnen. Nach der Feststellung, daß ich nicht zu Schaden gekommen, höre ich Lärmgeschrei und Stöhnen. Erlaßt mir die Schilderung dessen, was ich dann sah. 3 Tore, 5 Verwundete, 1 Konfusier und zwei, die sonstig leidend, waren das Resultat. Zum Glück arbeiteten in der Nähe dieser Stelle nicht viele von uns. Außerordentlich vom Glück begünstigt war ich. Schlug doch das Geschöß 7-8 Meter hinter mir ein, ohne mir im geringsten Schaden zuzufügen. Wundtünde der Geschößwand, die 2 Zentimeter stark sind, lassen den Schluß zu, daß es eine einzige 12-Zentimeter Schiffschützengranate war, die das Unheil anrichtete. Der Schußrichtung und Einwirkungsstelle gemäß muß dieser entsetzenerregende Zudehnt in einer Entfernung von 1½ bis 2 Meter an mir vorbeigefahren sein.

Gegenwärtig bin ich im Privatzimmer Hans-Doersch-Stiftung Grenau bei Düren. Mein Befinden ist im übrigen gut. Hier bin ich mit Einarmigen und sonstigen früher schwer verletzten Feldgenossen zusammen, alles Rheinländer, die zur Erholung hier weilen. Mit einem geradezu staunenswerten Humor sehen sich die Deutschen über ihre Verwundung hinweg, keine Resignation ist hier zu spüren, sondern eine manchmal ausgelassene Lustigkeit. Zu erklären ist das sicher größtenteils durch die einem zuteil gewordene Behandlung. Die Schwerverwundeten in Güte mit dem andern Personal, das Essen ist gut, ein großer Park steht uns zur Verfügung, an Musik und sonstigem Zeitvertreib, Spielen und Büchern fehlt es nicht. Und das Best! Naah! Eisenbetten mit Strohsack und genügend Decken, alles so sauber, wie gut, und wofür streckt man da den Körper, gar, wenn man leidend ist. Also, Ihr fehlt, es geht mir hier leidlich. Wie lange ich hier bleibe, ist mir unbekannt. Auf ein frohes Wiedersehen. Bis dahin seid herzlich gegrüßt von Euren

A. G.

• Theaterarbeiter •

Hoftheater München. In der Versammlung vom 18. Juni erhaltete der Arbeiterausschuß Bericht über die Frühjahrssitzung. Im Mittelpunkt der Berichterstattung stand das Ergebnis der Teuerungszulageeingabe. Seitens des kgl. Hofes wurde das Gesuch unter nachfolgenden Darlegungen abgelehnt: „Der kgl. Oberhofmeister erklärte im Einverständnis mit den sämtlichen Verwaltungsvorständen, daß der Eingabe des Arbeiterausschusses vom 8. April 1915 um Gewährung einer Kriegsteuerungszulage nicht näher getreten werden kann. Es wurden auch bei den anderen Hofstellen derartige Eingaben eingereicht; auch diese mußten zurückgestellt werden. Die Teuerung infolge der Kriegslage wird zugegeben. Von dieser Teuerung ist jedoch auch die königliche Zivilliste erheblich getroffen. Insbesondere erheblich die Fortführung des Theaterbetriebes einen ganz außerordentlichen Mehraufwand gegenüber den Normalzeiten. Die Kriegsteuerungszulage würde für das Theaterpersonal, jährlich gerechnet, auf 26.500 Mk. sich belaufen. Die Lohnfortzahlung an das derzeitige Kriegsdienst einberufene Arbeiterpersonal beträgt 20.500 Mk. Der Aufwand für die Kriegsausgaben beträgt derzeit 40.700 Mk. Die Theatermaßnahmen werden einen außerordentlich großen Ausfall auf. Dieser ist bedingt durch die Beschränkung der Vor-

stellungszahl, die Herabsetzung der Eintrittspreise und den verringerten Theaterbesuch. Die Durchführung des Theaterbetriebes erfordert demnach eine so wesentliche Erhöhung des ordentlichen Zuschusses von seiten der königlichen Zivilliste, daß Mittel zur Gewährung einer Teuerungszulage nicht mehr zur Verfügung stehen, vielmehr in der Aufrechterhaltung des Theaterbetriebes bei voller Lohnzahlung allein schon ein Akt großer sozialer Fürsorge erkannt werden muß. Uebrigens würde die Gewährung der Teuerungszulage an das Arbeiterpersonal auch auf das niedere Kunstpersonal auszudehnen sein, wodurch der Aufwand hierfür sich noch beträchtlich erhöhen würde.“ — Angesichts der zurzeit bestehenden Verhältnisse sah der Arbeiterausschuß von einer eingehenden Besprechung dieser Stellungnahme ab. Lediglich in einer Erklärung gab der Arbeiterausschuß kund, daß es dem technischen Personal überlassen sein muß, nach den Ferien, und zwar in Rücksicht auf die Kollage, in welcher sich das Personal infolge der Teuerung und des verminderten Einkommens, hervorgerufen durch den Ausfall von Vorstellungen, befindet, neuerdings mit einem Gesuch hervorzutreten. Die Arbeiterschaft würdigt die zur Ablehnung geführten Gründe, auch das Entgegenkommen bezüglich der Unterstützung der Kriegsfamilien usw., erachtet aber dennoch, daß auch die zur Teuerungszulage führenden Gründe Berücksichtigung finden, zumal auch die im Etat für 1915 eigentlich aufzunehmende Lohnerhöhung durch den Krieg zurückgefallen ist, von den übrigen Anträgen gar nicht zu reden. Die Arbeiterausschussführung hatte sich dann auch mit einem Antrage der Werkstättenarbeiter zu beschäftigen, welcher den 4-Uhr Arbeitsschluß an den Samstagen an Stelle des bisherigen 5- und 6-Uhrschlusses wünschte. Die Arbeiter erreichten dies allerdings dadurch — d. h. es ist Verantwortung in Aussicht gestellt —, weil sie auf etwaige Ueberstundenbezahlung verzichteten, falls am Samstag über 4 Uhr hinausgearbeitet werden muß. Von Wichtigkeit war weiter das Gesuch um Verlängerung des diesjährigen Urlaubes um drei Tage, gewissermaßen als Entschädigung für die Dienstleistungen am ersten Weihnacht-, Oster- und Pfingstfeiertag. Einer prinzipiellen Urlaubsverlängerung wurde zwar entgegengetreten, allein im Sinne der dem Wunsch zugrunde gelegten Festimmung konnte Zustimmung erreicht werden. Der Urlaub dauert also heuer 20 Tage und währt vom 9. Juli bis zum 28. Juli. Eine Anfrage des Arbeiterausschusses ging dahin, zu erfahren, ob seitens des kgl. Hofes auch schon entsprechende Maßnahmen zur Unterstützung der Kriegsinvaliden oder der Hinterbliebenen gefällener Kriegsteilnehmer in Aussicht genommen seien. Dies ist nicht der Fall. Die Versorgung der Kriegsinvaliden und der Hinterbliebenen — soweit von solchen überhaupt gesprochen werden kann — wird dem Pensionsverein nach dessen Regelung angeliebert. Dabei wird es aber einen Dafen haben, weil von dieser Fürsorge nur jene betroffen werden, die als Monatslöhner in Frage kommen; die ständigen Ausbilder und die schon vier und sechs Jahre im Betrieb beschäftigten sogenannten Ausbilder haben keinen Anspruch. Diese werden an die Reichsinvalidentürsorge verwiesen. — Der Bericht wurde in der Diskussion ausgiebig besprochen; allgemein war die Enttäuschung über die Ablehnung der Teuerungszulage. Die Versammlung stimmte aber schließlich dem Vorschlag zu, nach den Ferien erneut mit einer Eingabe an die kgl. Generalintendant und den kgl. Hof heranzutreten. Nach dem Krieg werden sich die Kollegen samt und sonders zusammenfinden müssen zu gemeinsamer Arbeit, um zu ermäßigen, was jetzt unterbrochen werden mußte. Unsere im Felde stehenden Freunde werden zu dieser neuen Mobilmachung schnellst erwartet.

• Aus den Stadtparlamenten •

Kriegs-Teuerungszulage.

Baden-Baden. Der Stadtrat hat beschlossen, daß als Anfangslohn vorübergehend beim Betriebsamt angestellter Arbeiter während der Kriegszeit je nach Leistungen über den derzeitigen Anfangslohn bis zu höchstens 42 Pf. für die Stunde bezahlt werden.

Bamberg. Die städtischen Kollegien bewilligten auf unsere Eingabe eine Teuerungszulage. Es erhalten 1. ledige und verheiratete Arbeiter ohne Kinder monatlich 2 Mk.; 2. verheiratete Arbeiter mit einem Kind 3 Mk.; 3. für zwei bis drei Kinder 6 Mk.; 4. für vier bis fünf Kinder 7,50 Mk.; 5. für sechs Kinder 9 Mk.; 6. für mehr wie sechs Kinder 10 Mk. monatlich.

Bernburg. Für die mittleren und unteren Beamten der Stadt sowie für die städtischen Arbeiter wurden Teuerungszulagen bewilligt.

Barmstadt. Unsere am 1. April eingereichte Eingabe um Teuerungszulagen wurde erst am 1. Juli erledigt. Die Stadtwirtschaft hat beantragt, die Familienzulagen, die seither betragen haben: in Klasse I (ledige Arbeiter und verheiratete Arbeiter ohne Kinder unter 16 Jahren) monatlich 4 Mk., in Klasse II (verheiratete Arbeiter mit ein bis drei Kindern unter 16 Jahren) monatlich 6 Mk., in Klasse III (verheiratete Arbeiter mit vier und mehr Kindern unter 16 Jahren) monatlich 10 Mk., zu erhöhen um monatlich: in Klasse I 4,50 Mk., in Klasse II 9 Mk., in Klasse III

13,50 Mk. Diese Erhöhung entspricht einer Einkommensverbesserung von 15 Pf., 30 Pf. und 45 Pf. für den Tag in den drei Klassen und bedingt eine Mehrausgabe von jährlich rund 40 000 Mk. Die beantragte Erhöhung der Familienzulagen bringt den städtischen Arbeitern eine Einkommensverbesserung, die für das Jahr beträgt: 1. für ledige und verheiratete Arbeiter ohne Kinder unter 16 Jahren 64 Mk.; 2. für verheiratete Arbeiter mit ein bis drei Kindern unter 16 Jahren 108 Mk.; 3. für verheiratete Arbeiter mit vier und mehr Kindern unter 16 Jahren 102 Mk. Dies wurde von der Stadtverordnetenversammlung einstimmig angenommen.

Freiburg i. B. Der Stadtrat beschloß, dem ständig angestellten städtischen Arbeitern mit eigenem Haushalt in jeder Zeit widerruflicher Weise für die Dauer des Krieges mit Wirkung vom 1. Juni dieses Jahres eine Kriegsteuerungszulage zu gewähren, welche je nach der Kinderzahl und der Höhe des Lohnes zwischen den Beträgen von monatlich 3 bis 10 Mk. schwankt.

Königsberg. Der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung haben am 23. Juni nach eingehender Ermittlung der Dienstverhältnisse sämtlicher städtischen Arbeiter folgendes beschlossen: „die den verheirateten städtischen Arbeitern nach der Lohnordnung zu gewährenden Familienzulagen mit Wirkung vom 1. April 1915 für die fernere Dauer des Krieges zu erhöhen, und zwar für Angehörige der Lohnklasse V um 100 Proz., Lohnklasse IV um 80 Proz., Lohnklasse III um 65 Proz., Lohnklasse II um 55 Proz., Lohnklasse I um 50 Proz. Diese erhöhte Familienzulage soll, soweit die übrigen Voraussetzungen erfüllt sind, auch denjenigen verheirateten Arbeitern gewährt werden, die zwar als ständige Arbeiter angenommen, aber noch nicht zwei Jahre für die Stadt tätig sind.“

Ludenwalde. Beschlossen wurde, allen verheirateten Beamten, Angestellten und Arbeitern der Stadt, soweit deren Dienst- bzw. Arbeitseinkommen 2400 Mk. nicht übersteigt, eine Kriegsteuerungszulage zu gewähren. Es erhalten Beamte usw. ohne Kinder eine monatliche Zulage von 5 Mk., solche mit einem Kind eine Zulage von 10 Mk., solche Beamte, Angestellte und Arbeiter, deren Einkommen 1200 Mk. nicht übersteigt, für jedes weitere Kind 5 Mk. mehr, solche mit einem Einkommen von 1200 bis 2400 Mk. mit zwei und mehr Kindern 15 Mk. Zulage.

Offenburg. Der Bürgerausschuß beschloß die Gewährung von Teuerungszulagen an die städtischen Arbeiter. Sie betragen bei Arbeitern mit einem Tagelohn von weniger als 4,20 Mk. 30 Pf. für den Tag. Den Arbeitern und Angestellten, die Kinder unter 15 Jahren und ein Einkommen von unter 168,66 Mk. im Monat haben, soll monatlich ohne Rücksicht auf diese Zulagen für ein Kind 5 Mk., für zwei Kinder 8 Mk., für drei Kinder 10 Mk., für vier und mehr Kinder je 3 Mk. vergütet werden. Es kommen 38 Personen mit zusammen 96 Kindern in Betracht, die übrigen 38 Arbeiter und Angestellten sind kinderlos.

Erholungsurlaub.

Berlin-Lichtenberg. Auf die Anfrage der Ortsverwaltung Groß Berlin wegen der Gewährung von Sommerurlaub ging der Verwaltung die nachstehende Magistratsentscheidung zu: „Der Magistrat hat in seiner Sitzung am 25. d. Mts. beschlossen, den im Dienste der Stadt befindlichen Arbeitern nach einjähriger Arbeitszeit die Hälfte des Urlaubs zu gewähren. In besonders getarnten Fällen wird es dem Ermessen des zuständigen Bezugsberechtigten überlassen, Urlaub bis zu einer Woche zu geben.“

Göpenitz. Auf unsere Eingabe um Erholungsurlaub ist folgende Bekanntmachung erlassen: „Die Annahmebedingungen für städtische Arbeiter sehen für die ständigen städtischen Arbeiter Erholungsurlaub vor. Es bedarf keiner weiteren Begründung, daß die städtische Verwaltung bei Gewährung dieses Urlaubsanspruches lediglich Friedenszeiten im Auge gehabt hat. Der Magistrat setzt voraus, daß die städtischen Arbeiter und Betriebsangestellten mit Rücksicht auf den Ernst der Zeit und mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, die einem ordnungsgemäßen Betriebe der städtischen Werke usw. erwachsen, selbst nicht den Wunsch haben, in diesem Sommer Erholungsurlaub zu erhalten. (?) Der Magistrat ist aber bereit, denjenigen Arbeitern und Betriebsangestellten, die ihres Gesundheitszustandes wegen dringend einer Erholung bedürfen, in gewissem Umfang Urlaub zu erteilen. Und zwar können unter dieser Voraussetzung die städtischen ständigen Arbeiter und Betriebsangestellten die Hälfte des ihnen unter normalen Umständen zu gewährenden Urlaubs erhalten und können hierbei angefangene Tage als voll angerechnet werden. Weiterhin wird hierbei vorausgesetzt, daß eine lückenlose Vertretung während der Urlaubung gewährleistet ist. Auch wird erwartet, daß der Arbeiter oder Betriebsangestellte seinen Urlaub in Göpenitz verbringt, da der Magistrat sich vorbehalten muß, wenn die Arbeit drängt, die Arbeiter oder Betriebsangestellten trotz ihrer Urlaubung jederzeit zum Dienst heranzuziehen. Der Magistrat.“ — Das ist, bei aller Anerkennung der schwierigen Situation, doch etwas sehr dürftig!

Aus unserer Bewegung

Darmstadt. Am 26. Juni hielt unsere Filiale im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung ab. Kollege Dillisch hielt einen Vortrag über „Meine Erlebnisse unter dem Sozialistengesetz“. Der interessante und reichhaltige Vortrag wurde von den Kollegen mit der größten Aufmerksamkeit aufgenommen. Danach gab der Kassierer, Kollege Wedel, Bericht über die Abrechnung vom 4. Quartal 1914 und 1. Quartal 1915. Eingehend berichtete er über die Einnahmen im 4. Quartal 1914 (in Summa 2371,13 Mk.) und die Einnahmen im 1. Quartal 1915 (in Summa 1569,79 Mk.). Der Rückgang der Einnahmen ist zurückzuführen auf die vielen Neueinberufungen, aber auch auf die lästige Beitragszahlung. Der Vorstand sah sich deshalb genötigt, die Mitgliedsbücher zwecks Kontrolle einzuziehen. — Am 3. April dieses Jahres reichten wir eine Teuerungszulage von 30 Pf. täglich für alle städtischen Arbeiter ein. Die Röhren der Stadt Darmstadt mahnen sehr langsam, denn bis heute ist noch nichts zur Entscheidung gekommen. Nach Erledigung interner Angelegenheiten wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Dannover. Am 28. Juni tagte eine zahlreich besuchte Versammlung im Gewerkschaftshause. Die schon seit Wochen in der hiesigen Tagespresse gebrachten Veröffentlichungen, daß die städtischen Arbeiter Teuerungszulagen erhalten sollen, machte diese Versammlung notwendig, da das den Tatsachen nicht ganz entspricht. Der Referent, Kollege Reichner, führte aus, daß die Stadtverwaltung Dannover als Arbeitgeberin alles mögliche tue, gerade jetzt in der Kriegszeit die Arbeiter immer unzufriedener zu machen. Die außerordentlich starken Preissteigerungen für alle Lebensmittel und Bedarfsartikel zwingen die städtischen Arbeiter dazu, im März der Stadtverwaltung ein Gesuch um Gewährung einer Teuerungszulage zu unterbreiten, worin eine Zulage von 8 Mk. pro Woche an alle Arbeiter gefordert wurde. Jetzt endlich, nach fast viermonatiger Dauer, nachdem eine lange Zeit des Darbens und Hungerns durchgemacht ist, erhalten die Arbeiter den Bescheid, daß die Mehrzahl der Arbeiter gar nichts und nur ein kleiner Teil so wenig erhält, daß es nicht erwähnenswert ist. Die 4,40-Mk.-Lohnklasse erhält 2,50 Mk.; die 4,30-Mk. Tagesverdienst haben, erhalten 5 Mk. und die weniger verdienen, erhalten 6 Mk. Teuerungszulage pro Monat. Alle Arbeiter, die während des Krieges eingestellt sind, erhalten überhaupt keine Zulage, trotzdem diese Arbeiter mit Löhnen eingestellt sind, die weit unter denen stehen, die vor dem Kriege gezahlt sind. Ebenfalls erhalten die Arbeiter nichts, die 4,50 Mk. und darüber pro Tag Lohn erhalten, obwohl selbst für diese Arbeiter eine nennenswerte Teuerungszulage dringend notwendig ist. Stadtverwaltungen, deren Finanzen bedeutend schlechter sind wie die Dannovers, haben ihren Arbeitern nennenswerte Zulagen gewährt. Was kümmert man sich auf dem hannoverschen Rathaus darum, daß während der Kriegszeit keine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse vorgenommen werden sollen. Hier hat man die Anfangslöhne erheblich reduziert, die Aufschläge für Überstunden den Arbeitern entzogen und die Arbeitszeit im Betriebe der Straßenreinigung um eine halbe Stunde pro Tag verlängert, ohne daß die Arbeiter dafür auch nur einen Pfennig Entschädigung erhalten. Allerdings, die Herren, die diese Verfügung erlassen und billigen, merken bei ihren hohen Einkommen nichts von der Teuerung. Aber nicht nur der Magistrat, sondern auch die Bürgervertreter besitzen nicht das geringste Verständnis für die Wünsche und Beschwerden der städtischen Arbeiter. Eine große Anzahl dieser Herren sind zu dieser Versammlung eingeladen. Gekommen sind diese Herren nicht. Es beweist den Arbeitern aufs neue, daß sie auf sich selbst angewiesen sind und daß sie bisher selbst die Schuld tragen, wenn sie keinen Einfluß auf dem Rathaus besitzen. Es ist in Zukunft dringend notwendig, die richtige Lehre aus diesen Vorfällen zu ziehen und mehr Mannesmut in eigener Sache zu bekunden. — In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß es noch so viele gleichgültige Arbeiter gibt, die da sagen, was hat es für Zweck, die auf dem Rathaus machen doch mit uns was sie wollen. Diese Arbeiter haben den Glauben an ihre eigene Stärke verloren. Unsere Schmach liegt nur in der Uneinigkeit. Daher ist es dringend notwendig, daß sich jeder städtische Arbeiter dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter anschließen muß. Zum Schluß gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: Die am 28. Juni im Gewerkschaftshause zahlreich versammelten städtischen Arbeiter erklären, daß durch die erfolgte Teuerungszulage nicht in geringsten die Wünsche der Arbeiter berücksichtigt sind, die in keinem Verhältnis zu der gewaltigen Teuerung steht, mühen keineswegs das entsetzliche Elend beseitigt, in dem die Arbeiter bei ihren geringen Einkommen leben. Der größte Teil der Arbeiter erhält übrigens nichts, obwohl eine dringende Notwendigkeit dafür vorliegt. Die Ausgaben für den Lebensunterhalt sind infolge der ungeheuerlichen Teuerung gewaltig gestiegen, so daß im Vergleich dazu die geringen Zulagen an wenige Arbeiter von 6 Mk., 5 Mk. und 2,50 Mark pro Monat nicht einmal erwähnt zu werden verdienen. In Anbetracht der niedrigen Löhne wären diese Zulagen selbst pro Woche noch herzlich wenig. Die während der Kriegszeit mit be-

deutend niedrigeren Löhnen eingestellten Hilfsarbeiter erhalten überhaupt nichts, obwohl der Hunger aus den Zügen dieser Arbeiter herauszulesen ist. Der geringe Lohn reicht selbst bei der minderwertigsten Nahrung nicht zum Entkommen aus. Die Versammelten erblickten daher in dem Verfehlen ihrer Wünsche eine Misachtung gegenüber den Arbeitern und erklärten, erneut und ganz entschieden eine Teuerungszulage an alle Arbeiter von 2 Mk. pro Woche zu fordern. Ferner protestierten die Versammelten ganz entschieden gegen die im Betriebe der Straßenreinigung während der Kriegszeit vorgenommene Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Alle Arbeiter sollen ausgerüstet werden und nicht eher ruhen, bis endlich einmal die Stadtverwaltung sanfter als Arbeitgeberin die Wünsche der Arbeiter mehr berücksichtigt, wie das bisher der Fall war. — Die Verbandsleitung wurde beauftragt, diese Resolution der Stadtverwaltung zu unterbreiten und die weiteren notwendigen Schritte in dieser Sache zu unternehmen.

Seidelsberg. Im April d. J. hat unsere Filiale dem Stadtrat eine Eingabe um Teuerungszulage unterbreitet, nachdem schon eine Reihe Städte im Deutschen Reich, ebenso Militär- und Rarinenverwaltungen, mit gutem Beispiel vorangegangen sind. Die Löhne der städtischen Arbeiter in Seidelsberg sind erschreckend niedrig und betragen z. B. beim Abfuhrwesen für die schwere, schmutzige Arbeit nur 3,70 Mk., welcher Lohn in zehn Jahren auf sage und schreibe 4,20 Mk. steigt. Im Tiefbauamt werden gar nur 3,50 Mk. Anfangs- und 4 Mk. Hochlohn nach 10 Jahren bezahlt. Seit Jahren sind diese Löhne nicht mehr geregelt und mit den gestiegenen Preisen in Einklang gebracht worden. Man hätte also annehmen sollen, daß der Stadtrat die Notlage seiner Arbeiter einsieht und schleunigst Abhilfe schafft. Das ist aber nicht geschehen. Im Gegenteil! Der Stadtrat soll sich äußerlich abfällig ausgesprochen haben, und die Verwaltung habe nicht genügend Einfluß, einen direkten Vorschlag durchzubringen. Seither haben wieder eine Reihe Städte Teuerungszulagen bewilligt, darunter badische Städte und Städtchen, welche man früher viel rüchziger wie Seidelsberg eingeschätzt hat. Hier aber werden noch „Erhebungen“ gemacht und „Erwägungen“ angestellt, während die Arbeiter nicht mehr wissen, wie sie ihre Haushaltung durchbringen sollen; und Tag und Nacht bittere Not leiden. Da wäre es denn an der Zeit, Zulagen einzutreten zu lassen, aber nicht nur etwa Kinderzulagen, mit denen man prunken kann, ohne wesentliche Ausgaben zu machen, sondern Zulagen für alle Arbeiter, da auch alle Arbeiter von der Teuerung betroffen sind. Das Nachsehen ist, daß dieses Frühjahr von der Betriebsleitung des Abfuhrwesens fertiggebracht wurde, ist noch nicht berichtet. Die Stadt hat nämlich in der Dienstordnung für die städtischen Arbeiter die Bestimmung, daß die in der Woche fallenden Feiertage halb bezahlt werden. Arbeiter, welche an diesen Tagen zur Arbeit verpflichtet sind, sollen für diese Arbeit daneben den Stundenlohn mit einem Zuschlag von 50 Proz. erhalten. Bei einem Tagelohn von 4 Mk. würde sich also die Rechnung beispielsweise für einen Arbeiter, der einen viertel Tag beschäftigt ist, so gestalten: Bezahlung des halben Tages (wie den dienstfreien Arbeitern) 2 Mk., für einen viertel Tag 1 Mk., hierzu 50 Proz. Zuschlag = 50 Pf., zusammen also 3,50 Mk. Die Abfuhrverwaltung aber hing hinten an und rechnete so: Für einen viertel Tag 1 Mk., 50 Proz. Zuschlag = 50 Pf., macht 1,50 Mk.; dazu die Hälfte von 7 nicht gearbeiteten Stunden, also die Hälfte von 2,80 Mk., gibt 1,40 Mk., so daß sie also ihren Arbeitern für den halben Feiertagslohn samt Bezahlung eines viertel Tages mit Zuschlag nicht 3,50 Mk., sondern 2,90 Mk. auszahlte. 60 Pf. waren dadurch für die Stadt gespart, aber es ist doch bedauerlich, daß in solch schweren Zeiten mit solchem „Kunstrechnen“ den Arbeitern ihre möglichen Zugänge gekürzt werden. Dabei behauptet, scheint's, allerdings die Betriebsleitung gegenüber dem Stadtrat, daß schon seit Jahren so gerechnet werde, während sich die Arbeiter, die seit Einführung der Feiertagsbezahlung diese jedes Jahr 8- bis 9mal mitmachen, nicht erinnern können, daß je einmal so gerechnet wurde.

Königsberg. Endlich hat der Magistrat nach dreimonatiger Prüfung über die am 8. März d. J. eingereichte Eingabe um Gewährung einer Teuerungszulage für alle städtischen Arbeiter der Stadtverordnetenversammlung am 23. Juni Bericht erstattet. Es wurde der an anderer Stelle dieser Nummer („Aus den Stadtparlamenten“) veröffentlichte Bescheid gefaßt. Da durch diese Familienzulage die meisten städtischen Arbeiter von dieser Teuerungszulage ausgeschlossen werden, beantragte die sozialdemokratische Fraktion, den Magistrat zu ersuchen, neben der prozentualen Familienzulage auch den ledigen und kinderlosen Arbeitern eine angemessene Teuerungszulage zu gewähren. Sie begründete ihren Antrag folgendermaßen: Der Magistrat hat nun eine prozentuale Lohnsteigerung für die Familien mit Kindern vorgesehn. Er will aber den Unverheirateten und solchen Familien, die keine Kinder zu ernähren haben — dazu gehören auch die Eltern, deren Kinder über 14 Jahre alt sind, gar keine Zulage gewähren. Wir halten das für ungerecht, denn auch diese leiden unter der Teuerung. Es sind ja nicht nur die Lebensmittel, sondern auch alle anderen Lebensbedürfnisse im Preise außerordentlich ge-

stiegen. Wir stellen darum den Antrag, außer dieser Zulage zur Familienunterstützung noch den Unverheirateten und Kinderlosen 20 Pf. in jeder Lohnstufe pro Tag Zulage zu gewähren. Wir sahen, daß dafür keine Mehrheit vorhanden war, und haben darum, um wenigstens den Unverheirateten und den Familien ohne Kinder etwas zu helfen, beantragt, es soll auch diesen Arbeitern eine Zulage gewährt werden. Aber auch dieser Antrag, der die Höhe der Zulage in das Ermessen des Magistrats stellt, ist abgelehnt worden. Das ist um so bedauerlicher, weil die genannten Arbeiterkategorien auch bei der letzten Erhöhung der Familienzulage, die vor dem Kriege stattfand, unberücksichtigt geblieben sind. Es ist gesagt worden, die Ehefrauen der Arbeiter, die keine Kinder haben, könnten ja noch arbeiten gehen; uns hat aber noch niemand nachweisen können, wo es Arbeit für solche Frauen gibt. Es werden meist solche Stellen angeboten, die sich für die Frauen unserer Arbeiter nicht eignen. Auch die Kinder über 14 Jahre werden oft von den Eltern noch unterstützt werden müssen. Wenn der ledige Arbeiter 20 Pf. Zulage bekommt, so würde er doch noch besser stehen als eine Familie mit einem Kind. — Zu dieser Begründung hatte auch nicht ein einziger Bürgerlicher ein Wort gesagt. Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion wurde mit 23 gegen 26 Stimmen abgelehnt. Die Vorschläge des Magistrats, nur die Familienzulage zu erweitern, wurden angenommen. Da durch diesen Bescheid der weitestgehende Teil der Beschäftigten leer ausgeht, fand zu diesem Zwecke am 1. Juli, abends 7½ Uhr, im Saal von Pohlmann, Tannaustraße, eine gut besuchte öffentliche Versammlung für alle städtischen Arbeiter statt. Die Versammlung hatte diese Versammlung genehmigt. Kollege Schmidt wies in seinem Referat darauf hin, daß durch die Teuerung sehr viele Städte und Privatbetriebe ihren Beschäftigten ohne Ausnahme der Beschäftigungsdauer eine Teuerungszulage in entgegenkommender Weise zahlen. Darunter sind sehr kleine Städte und Privatbetriebe zu verstehen. In Königsberg dagegen, wo die Preise der Nahrungsmittel und Bedarfsartikel mit an höchster Stelle stehen, nimmt die Stadtverwaltung ihren Arbeitern gegenüber einen ganz eigenartigen Standpunkt ein. Die erweiterte Familienzulage bedeutet wohl für einen, der viel Kinder hat, etwas. Diese Teuerungszulage in Form einer Familienzulage kann nicht als gerecht anerkannt werden. Faßt man das ganze Bild zusammen, so ergibt sich folgendes: Es bekommt die Lohnklasse V, wo die Zulage 100 Prozent beträgt, täglich gerechnet, bei einem Kind 16 Pf., bei zwei Kindern 26 Pf., bei drei Kindern 36 Pf., bei vier Kindern 46 Pf., bei fünf Kindern 57 Pf., bei sechs Kindern 69 Pf., bei sieben Kindern 81 Pf.; in den anderen Lohnklassen verringert sich dies noch ganz wesentlich. Die alten Arbeiter, welche jahrelang beschäftigt sind und deren Kinder schon groß sind, gehen wieder leer aus. Diese Ungerechtigkeit kann nicht gebilligt werden. Die Versammlung beschloß einstimmig, nochmals an den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung eine Eingabe für eine allgemeine Teuerungszulage von 50 Pf. täglich einzureichen. Gleichzeitig wurde beschlossen, die Eingabe durch Unterschriftenammlung von allen Arbeitern unterzeichnen, einzureichen, damit der Magistrat nicht, daß städtische Arbeiter gequält sind, solche Schritte in ihrer Not zu unternehmen. Zum Schluß ermahnte Kollege Schmidt die Erschienenen, die Arbeiterschaft möge jetzt in dieser schweren Zeit erst recht zusammenhalten, damit die Kollegen im Schützengraben an den Zurückgebliebenen eine Freude haben.

München. Die endlose Verzögerung der Gewährung einer Teuerungszulage war Veranlassungsgewand einer gemeinsamen, nahezu vollständig besetzten Vertrauensmännerversammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiterverbände und des Verbandes der Straßenbahner im Gewerkschaftsbau. Der Referent, Kollege Weiß, erläuterte die Gründe, warum die Ortsverwaltungen der beiden Organisationen dem Verlangen aus Mitgliederkreisen nach Einberufung einer Protestversammlung nicht stattgeben konnten, so groß die Verbitterung wegen der Verschlechterung ihrer berechtigten Wünsche bei den städtischen Arbeitern auch sei. Die am 5. April beschlossene Eingabe auf Gewährung einer Teuerungszulage mußte längst berücksichtigt sein. Inzwischen seien auch die Obrigkeitlichen mit einer Eingabe an die städtischen Kollegien nachgehakt, die aber nicht dem entspreche, was die Mehrheit der Gemeindeglieder anstrebe. Als die Eingabe im Magistrat beraten werden sollte, habe Richterstr. Konrad den Antrag gestellt, die Eingabe der Sozialen Kommission zu überweisen. In Anbetracht der geradezu unerträglichen Teuerung hätte man nun aber wohl verlangen dürfen, daß die Sache nicht so bürokratisch behandelt werde. Auch darin habe man sich getäuscht. Auf eine Anfrage in der vergangenen Woche, bis wann die Eingabe zur Beratung komme, bekam man die Antwort, daß kein Termin bestimmt werden könne, da die Erhebungen noch nicht zum Abschluß gebracht seien! Man könnte zu der Meinung kommen, daß man im Rathaus keine Idee habe, wie schwer es einem Gemeindeglied sei, bei den heutigen unerschämten Lebensmittelpreisen seine Familie zu ernähren. Somit wäre es ein Rätsel, wie man eine so wichtige Frage, die aus der Not der Zeit geboren sei, derart auf die lange Bank schieben konnte. Inzwischen mußten nun schon viele Arbeiter eintrudeln oder wurden wegen Arbeits- und Geldmangel entlassen und verließen schließlich von der Teuerungszulage nicht mehr. Man will die Teue-

zungszulage abzurufen unter Berücksichtigung des Einkommens und der Minderzahl. Geht dies — und daran ist nicht mehr zu zweifeln —, so steht aber zu erwarten, daß nicht nach unten, sondern nach oben abgestuft und 40 Pf. als das mindeste bestimmt wird. Weiter ist zu hoffen, daß die Feuerungszulage von einem früheren Termin ab nachgezahlt wird als wie beabsichtigt: dem Juni. Schließlich ist nötig, daß in die Behandlung der Feuerungszulage auch gleich die der Arbeitsordnung nicht unterstehenden Gruppen wie Laternenwärter, Luellsfassungs- und Korst-arbeiter, Anlagenaufseher, invalide Arbeiter, Badefrauen, Wärterinnen in den Bedürfnisanstalten, Suppenköchinnen usw. mit einbezogen werden, da andernfalls die Gefahr besteht, daß verschiedene von diesen Gruppen eventuell unberücksichtigt bleiben und leer ausgehen würden. — Der Vertreter des Straßenbahnerverbandes, Schmidt, äußerte sich ähnlich und meinte, die Arbeiterschaft sei nicht gewillt, sich noch länger hinhalten zu lassen.

In der lebhaften Diskussion kam denn auch die angehäufte Erbitterung und Empörung über die Verschleppung zum Ausdruck. Die einzelnen Redner, darunter Ernhäcker zahlreicher Familien, brachten die Not unter der gegenwärtigen Feuerung mit drastischen Worten zum Ausdruck. Einstimmig faßten die Vertrauensmänner folgende Resolution: „Die Sitzung der Vertrauensleute protestiert entschieden dagegen, daß bis heute — also nach fast drei Monaten — die von den Arbeiterorganisationen eingereichten Anträge um Feuerungszulagen im Rathaus noch nicht erledigt worden sind. Die verlangte Feuerungszulage stellt für die Münchener Gemeindearbeiter und Angestellten der Straßenbahnen nur dann eine Hilfe und Erleichterung dar, wenn sie schnell gewährt wird; mit der Verschiebung auf eine eventuelle Nachzahlung der Feuerungszulage wird dem Vorstand unter der städtischen Arbeiterschaft nicht geteuer. Die Vertrauensleute sprechen deshalb die bestimmte Erwartung aus, daß die gewünschte Feuerungszulage nun endlich zum Abschluß gebracht wird. Bezüglich der zu gewährenden Peibissen bringen die Arbeiter und Straßenbahnangestellten erneut zum Ausdruck, daß sie einheitlich 40 Pf. für alle Arbeiter und Arbeiterinnen und Angestellten der Straßenbahnen betragen und ab 1. April gewährt werden soll.“ Einstimmig der Arbeiterentlassungen wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung der Vertrauensleute nimmt mit Verwunderung von den vielen Arbeiterentlassungen in der letzten Zeit speziell in den Betrieben des Stadtbauamtes Kenntnis und bringt zum Ausdruck, die städtischen Kollegen möchten durch Nachgenehmigung von Mitteln und Überweisung eventuell übergeordneter städtischer Betriebe nach anderen Betrieben, in denen aufgrund der vielen Entlassungen jücker Arbeitermangel besteht, weiteren Arbeiterentlassungen vorbeugen. Die bereits entlassenen städtischen Arbeiter — es handelt sich durchwegs um dienstfähige und verheiratete Leute — sind recht bald wieder einzustellen, um nicht schließlich Gefahr zu laufen, daß sie ihrer mühsam erworbenen Rechte verlustig gehen.“ — Es sind bereits solcher Verpöhlten die schönen Worte unserer bürgerlichen Vertreter, die bei Lohnforderungen immer die „soziale Jurisprudence“ für die städtischen Arbeiter so stark betonen? In der Praxis sieht es damit anders aus. Die städtischen Arbeiter tun deshalb gut, sich ihrer Lage zu erinnern und durch festes Zusammenhalten dafür zu sorgen, daß die vielgerühmte Existenz und Versorgung im Alter kein leerer Wahn bleibt.

• Aus den deutschen Gewerkschaften •

Der „Proletarier“, das Organ der Fabrikarbeiter, brachte aus Anlaß des 25-jährigen Bestehens des Verbandes eine ganz vortreffliche 16 Seiten starke Jubiläumsnummer heraus, der wir die nachfolgenden Verse entnehmen, die in gewissem Sinne auch unseren fedratischen Kollegen gelten mögen.

An unsere Brüder im Felde!

Brüder im Waffentod!

Ihr in Feinde-land und an des Reiches Grenzen
Nur Deutschland wacht, die ihr das Meer durchsucht,
Die Luft durchdringt in schnellem Flug und aus der Erde Tiefen
Nicht Tod streut und Vernichtung,
Euch unsern Gruß!

Nicht weil ihr Tod streut und Verderben,
Nicht weil dem Zensurmann ihr bei der Ernte helfst
Und willig ihm die Scheuern füllt,
Als war' euch das ein allgewohnt und liebgekommen Tun,
Nicht deshalb unsern Gruß.
Denn nur ein wildes, blindes Schicksal,
Das härter ist als ihr und wir,
Wangt euch des Todes blutige Zügel in die Hand,
Nicht eigne Wahl.

Rein, weil ihr Brüder uns und Freunde seid,
Weil ihr, mit uns in freiem Bund vereint,
Gebaut habt an dem stolzen Werk,
Zu dem vor 25 Jahren
Ein kleines aber tapfres Häuflein
Den Grundstein legte.
Euch Bau- und Weggenossen grüßen wir!

Es ward ein ragend stolzer Bau,
Der unser Schirm und Schutz und unsre Hoffnung war.
Da kam der Krieg. —
Es war, als sollt' die Welt in Trümmer gehn,
Als mihl' der Völkerturm wie einer Feder Flaum
Befallen, was in 25 langen Jahren
In Eintracht wir geschaffen mit Herz und Hirn und Hand.
Und doch hat dieser Sturm die Dohlen nur vertrieben,
Die kräftig unsern Turm umzogen,
Hat eine Schindel hier und dort vom Dach gelöst,
Und ein paar Sparren, die schon morsch, gelodert,
Konst nichts!
Fest steht das Fundament und unerschüttert
Ragt unser Trugbau in die Zukunft.

Brüder im Waffentod!

Wir geloben euch, am alten Werk im alten Geist
Zu schaffen wie seither und mehr zu tun,
Wo eure Kräfte fehlen.
Daher, wenn einst der Friedensglocken Klänge
Durch alle Lande tönen — mög's bald, recht bald geschehen —,
Ihr freudig uns die Hände reichen könnt und sagen:
Auch ihr habt eure Pflicht getan!
Hört dies Gelöbte, das fester als ein Schwur
Uns bindet, weil's frei und gern gegeben,
Und nehmt als Gruß das Wort, in dem sich Freud' und Schmerz
So wunderbar vereinen, das Wort:
Auf Wiedersehn!

H. R.

• Rundschau •

Sonne. Die goldene Morgen Sonne liegt draußen auf Berg und Tal, auf Feld und Wald. In jedem Lebewesen stockt sie den Trieb nach Leben zur höchsten Art. Voll Wärme genießt auch der Mensch das lachende Licht: Leben läßt es ihn fühlen, das Leben von seiner frohesten Seite, Lebensglück. Wie eine Mutter gibt sich die Sonne hin allen gleich und so sind von Natur aus allen die gleichen Entwicklungsmöglichkeiten gegeben. Alle, alle können von Natur aus in gleicher Weise schöpfen aus diesem Ursprung alles Lebens. Die erste, die grundlegende Voraussetzung zum Leben haben alle Menschen in gleicher Art, und wenn dennoch Verschiedenheiten bestehen, so hat sie der Mensch geschaffen. Menschenwerk ist es, wenn das lebenspendende Licht auch die Not bekämpfen muß, bitteres Sehnen und Schwächen, Menschenwerk, wenn sie sehen muß, wie draußen im Reizen und Osten der Tod durch die Reiben geht und dabei die dunkle Trauer. Der Lebenstrieb ist der Trieb der Welt; zu leben, zu leben in seiner vollen Eigenart, zu leben in seiner ganzen Natürlichkeit, das ist der Grundtrieb des Ganzen. Der Sonne soll unser Leben folgen; die Freude am Leben soll unseres Lebens, unseres Wirkens und Schaffens Inhalt sein. Nur das Leben ist natürlich, entspricht dem obersten Geheiß der Natur, das voll Sonne ist. Unser Leben von heute gleicht der kalten Winterzeit, da die Sonne nicht lacht. Vergebens lagern Tausende und Hunderttausende danach. Not und Trauer lagern über unserm Sein, Hunger und Sehnen. Unser Zusammenleben ermöglicht nicht jedem in gleicher Weise den Platz in der Sonne, auf den er Anspruch hat. Ein gleiches Recht auf das Leben ermöglicht uns erst die Welt, die jedwede unnatürlichen Hindernisse und Voraussetzungen beseitigen wird. Erst eine neue Welt gewährt jedem die gleiche Möglichkeit zur Entwicklung seines Ich, gewährt jedem die rechte Befriedigung seines Lebenstriebes. Darum können wir erst im vollen Glück in jener kommenden Welt die Sonne genießen. In vollen Tagen können wir erst dann trinken ihr Licht, mit überfließenden Herzen erst dann uns erfreuen der lachenden Pracht, die sie ausgießt auf alles Sein. Eine Sonne, eine Menschheit, ein Glück: Unsere Organisation soll diese neue Welt schaffen helfen!

Vom guten Leben der Arbeiterinnen und Kriegerfrauen. Zweifellos hat der Krieg für eine ganze Reihe Arbeiter und Arbeiterinnen bessere Verdienste gebracht, als vorher erreicht worden sind. Man denke z. B. an die Kriegslöhne in einigen Zweigen der Metallbranche und der Zettler. Ganz falsch aber ist es, zu glauben, daß alle in diesen Berufen beschäftigten Personen 150 Mk. und mehr pro Woche verdient haben, wie es vereinzelt einige Zeit

in der Sattlerei vorgekommen ist. Solche seltenen Erscheinungen erwecken natürlich das Interesse weiter Kreise, und so ist es zu erklären, daß man häufig der Ansicht begegnet, die Arbeiter und Arbeiterinnen verdienen sämtlich in der Kriegszeit mehr als in Friedenszeiten. Das ist nicht der Fall. Vor allen Dingen hatten die Arbeiterinnen nur selten Gelegenheit zu höherem Verdienst. Nicht alle Betriebe können für den Bedarf arbeiten, wo meist bessere Löhne gezahlt werden, als sonst üblich sind. In vielen Betrieben war wenig oder gar nichts zu tun, und die Arbeiterinnen mußten aussitzen oder wurden entlassen. Die Männer fanden eher wo anders Beschäftigung als die Frauen. In Berlin gibt es heute noch ungeheuer viel Frauen und Mädchen, die sich bei anstrengender und fleißiger Arbeit mit Wochenverdiensten von 10 und 12 Mk. begnügen müssen, die schon in normalen Zeiten kein glanzvolles Leben ermöglichten, bei der gegenwärtigen Teuerung aber gar nicht ausreichen wollen. Von den Hausangestellten arbeiten noch immer eine ganze Reihe bei verkürztem Lohn oder nur gegen Wohnung und Kost. Wären die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterinnen wirklich so gute, wie man es häufig von außerhalb der Arbeiterklasse stehenden Leuten hört, es würden sich sicherlich Frauen finden, die zu billigen Lohn als Aufwärtinnen, Fensterputzerinnen, Mülltransportarbeiterinnen oder Straßenbahnkassierinnen (für 35 Pf. pro Stunde bei Wind und Wetter ihre nicht leichte Arbeit verrichten. Man sollte sich also hüten, Einzelerscheinungen auf die Verhältnisse der großen Masse zu übertragen und daraus Schlüsse zu ziehen, die mit der Wirklichkeit durchaus nicht übereinstimmen. Es ist an den guten Löhnen der Arbeiterinnen nämlich genau so viel und so wenig Wahres, als an dem Gerede über die kuckenhessenden Kriegerfrauen. Immer wieder hört und liest man auch davon. Es wäre unecht, nicht zugeben zu wollen, daß es Kriegerfrauen gibt, die die Welt sehr vernachlässigen und sich und die Kinder lieber mit billigen Nudeln satt machen, als sich der Mühe unterziehen, etwas Nahrhaftes zu kochen. Wilden diese Frauen aber wirklich die Mehrheit in der großen Zahl der Kriegerfrauen? Das muß ganz entschieden verneint werden. Es gibt in jeder Gesellschaftsschicht unter den Männern und Frauen Leute, die es mit ihren Pflichten gegen sich und andere nicht ernst nehmen. Auch die Gruppe der Kriegerfrauen bildet natürlich keine Ausnahme. Außerdem aber sollte man bedenken, daß schwache Charaktere leicht mutlos und gleichgültig gegen alles werden, wenn Nummer und Sorgen auf sie drücken. Welche Kriegerfrau aber bleibt von diesen verschont? Monatelang schon warten viele von ihnen in banger Unruhe Tag und Nacht auf Nachrichten von draußen, wo jede Minute Tod und Verderben für ihre Angehörigen bringen kann. Kommt dann ein Brief mit guter Nachricht, so bringt er zwar vorübergehend etwas Freude und Lebenshoffnung, gleichzeitig aber wieder die bange Frage nach dem augenblicklichen Schicksal. Nicht jeder Mensch ist in solchen Situationen so stark und innerlich gesund, in der Erfüllung ernster und schwerer Aufgaben Vergessen für diese Eindrücke zu suchen. Das sollten alle bedenken, die selbst fern vom Kampf über die „Leidenschaften und gewissenlosen“ Kriegerfrauen den Stab brechen, vielleicht selber bei Nudeln mit Schlagabgabe. In bewegten Zeiten finden übertriebene Angaben leicht Gehör und Verbreitung. Man denke nur an die „ausgehenden Augen“ und sonstigen Greuel, die in den ersten Kriegswochen so beliebte Gesprächsthemen bildeten. Den gleichen Wert hat das Geschrei über die gute Zeit der Arbeiterinnen und der Kriegerfrauen. Versuchen wir, ehe wir urteilen und Einzelsfälle verallgemeinern, diesen auf den Grund zu gehen, so werden wir einen Einblick gewinnen in die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterinnen und das Leben der Kriegerfrauen und manden Fingerzeig erhalten für unsere gegenwärtige und zukünftige gemeinsame Arbeit.

Kriegsvierzeiler.

Die „S. A. am Mittag“ erhielt aus dem Osten folgende Reime in schlesisch-polnischem Klauernwelsch.

Schrecklich ist er, wenn ihm frucht,
Kommt sich schneller als gedacht,
Gut ist, wenn im Grase liegt,
Schlimm ist, wenn in Kasse liegt.
Überschrift: Dem Sprengstoff.

Schlank ist von Gestalt und braun,
Manchmal darf man ihm nicht traun,
Elets verzieht er dem Gesicht.
Wenn er manchmal schmeckt auch nicht.
Überschrift: Derr Liebeszigarrhe.

Eßet und Erben sind sehr gut,
Derr sich welche haben tut.
Schlimm ist, wenn er uns fergessen.
Schlimmer, wenn er ausgefressen.
Überschrift: Derr Golaschkanohe.

Totenliste des Verbandes.

D. Dieringhewitz, Kirchwälder

Stalerei D. G.

† 29. 6. 1915, 59 Jahre alt.

Kawer Finke, München

Friedhofsaufseher

† 30. 6. 1915, 53 Jahre alt.

Richard Hanske, Dresden

Arbeiter (Straßenbahn)

† 18. 6. 1915, 26 Jahre alt.

Otto Hellwig, Elberfeld

Buchhofarbeiter

† 25. 6. 1915, 49 Jahre alt.

Johann Hinze, Magdeburg

Invalide

† 28. 6. 1915, 70 Jahre alt.

Minna Schyrra, Hindenburg (Ob.-Schles.)

Masseuse, am 8. Juni 1915, im Alter von 33 Jahren.

Jos. Konrad, Frankfurta. M.

Gesamtarbeiter

† 28. 6. 1915, 36 Jahre alt.

Joh. Marxsen, Hamburg

Gartenweiser

† 28. 6. 1915, 42 Jahre alt.

J. Neumann, Frankfurta. M.

Arbeiter

† 28. 6. 1915, 29 Jahre alt.

Walter Schmidt, Stendal

Schlossier

† 1. 7. 1915, 22 Jahre alt.

Arnold Wahls, Hamburg

Gaswerler

† 3. 7. 1915, 35 Jahre alt.



Auf dem Schlachtfelde sind gefallen:

J. Ahrendt, Charlottenburg

Bauernwerksarbeiter, im Alter von 28 Jahren gefallen.

Franz Aue, Barmen

im Alter von 21 Jahren in Frankreich gefallen.

Hugo Binnonki, Stendal

Schlossier, im Alter von 22 Jahren in Russland gefallen.

E. Diebolt, Straßburg i. El.

Feiger, im Alter von 24 Jahren in Galizien gefallen.

August Faber, Breslau

im Alter von 23 Jahren gefallen.

Erik Heiber, Breslau

im Alter von 29 Jahren gefallen.

Alfred Heidt, Frankfurta. M.

Straßenreiner, im Alter von 32 Jahren in Frankreich gefallen.

Karl Henke, Barmen

im Alter von 22 Jahren in Frankreich gefallen.

Erich Horn, Henkolln

Eiswerk, im Alter von 20 Jahren gefallen.

Joh. Jacobsen, Hamburg

im Alter von 26 Jahren im Osten gefallen.

Adam Mark, Godelan

am 29. April im Alter von 20 Jahren gefallen.

Georg Milling, Berlin

Gasarbeiter, im Alter von 29 Jahren gefallen.

Karl Oster, Frankfurt a. M.

Installateur, i. Alter v. 33 Jahren an Cholera in Galizien gestorb.

A. Pfeiffer, Straßburg i. El.

Straßenreiner, im Alter von 30 Jahren in Frankreich gefallen.

August Pfeil, Hamburg

im Alter von 35 Jahren in russischer Gefangenschaft verstorb.

Heinrich Ramm, Hamburg

Kranführer, im Alter von 25 Jahren im Westen gefallen.

Otto Roß, Greifswald

Gasarbeiter, im Alter von 34 Jahren in Russland gefallen.

Gustav Kössel, Nichtenberg

Tiefbauarbeiter, im Alter von 41 Jahren gefallen.

Georg Sanßen, Küßingen

Staatsarbeiter, im Alter von 30 Jahren in Frankreich gefallen.

Wilhelm Schlichte, Lübeck

Gasarbeiter, im Alter von 25 Jahren in Frankreich gefallen.

Albert Schmiel, Neukölln

Manalarbeiter, im Alter von 39 Jahren gefallen.

Carl Schophoven, Hamburg

im Alter von 39 Jahren im Westen gefallen.

J. Voß, Altenbruch-Hamburg

Feiger, im Alter von 30 Jahren gefallen.

Wilhelm Weber, Breslau

im Alter von 36 Jahren gefallen.

Adolf Wüpper, Hamburg

Staatslat, im Alter von 39 Jahren im Westen gefallen.

H. Zimmermann, Karlsruhe

Gasarb., i. Alter v. 34 Jahren seinen Verletzungen erlegen.

Ehre ihrem Andenken!